

Monatszeitung
für Umweltgestaltung

Herausgeber
Deutscher Werkbund

24. Jahrgang, Heft 9/10
Preis 2 DM, Doppelausgabe 4 DM
Postverlagsort Darmstadt

September/Oktober
1 F 22070 F

aktuelle notizen

Der Kahlschlag kam über Nacht

Schaffhausen. Die aus dem Jahre 1918 stammende Arbeitersiedlung »Pantli« am Rande Schaffhausens wurde von der Wohnungsbaufirma Georg Fischer AG, der Eigentümerin, in einer »Blitzaktion im Stile eines Kraftaktes« (*Schaffhauser Nachrichten*) abgerissen. »In einer generalstabsmäßig geplanten Aktion ließ die Firma bekanntlich über Nacht Baumaschinen auffahren, noch ehe die letzten »Pantlianer« ihre Wohnungen verlassen hatten!« beschreiben die *Baseler Nachrichten* den Vorfall. Die Zeitung weiter: Bewohner »standen entsetzt auf den Wiesen und waren Augenzeugen, wie ihre während Jahren mit viel Liebe gepflegte Siedlung innert weniger Stunden in Grund und Boden gestampft wurde.« Statt den Termin wahrzunehmen, führte die Firma ihre überraschende Abräumaktion durch. W+Z

Denkmalschutz wird zur Farce

Marburg. Der Denkmalpflegeetat des Landes Hessen beträgt 950 000 DM. Eine geplante Aufstockung auf 4 Millionen DM droht zu scheitern, der finanziellen Folgekosten wegen können keine weiteren Eintragungen in die Denkmalliste vorgenommen werden. Dagegen protestiert der *Verband Hessischer Bürgerinitiativen e.V.* Er verweist darauf, daß in Bayern auch nach einer Aufstockung das Zehnfache zur Verfügung steht: 40 Millionen DM. Der jetzige Etat entspricht einem halben km Autobahn. W+Z

Hessen wieder im DWB e.V.

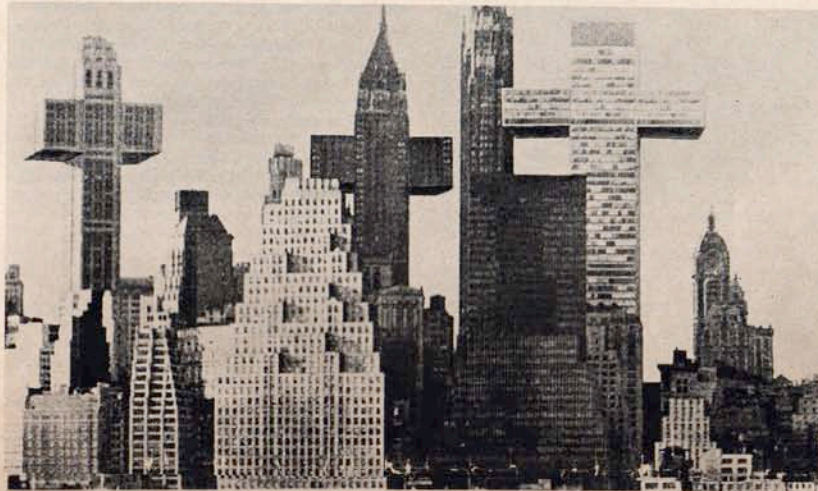
Frankfurt/Darmstadt. Die Mitgliederversammlung des hessischen Werkbunds hat am 18. 8. 75 einstimmig den sofortigen Wiedereintritt in den Dachverband beschlossen. Die Landesbünde Bayern und Hessen hatten ihre Mitgliedschaft zum Jahresende 74 gekündigt, teils aus der Befürchtung, die schlechte finanzielle Lage des Dachverbandes müsse durch die Landesbünde ausgeglichen werden, teils wegen unterschiedlicher Auffassungen über die politische Linie von Werkbundvorstand und von Werk und Zeit. Auf einer vorhergehenden Mitgliederversammlung hatte der langjährige Vorsitzende und Geschäftsführer des hessischen Werkbunds *Rambald von Steinbüchel* seinen Rücktritt erklärt. Dem neuen Vorstand gehören *G. Bock, E. Fuchs, J. Rahe, D. Rams* und *R. Schmidt* an.

Vollendete Tatsachen

Berlin. Aus einer kleinen Anfrage des Berliner SPD-Abgeordneten *Sigurd Hauff* über »Verfahren beim Abriß von Häusern«: »Kann der Senat gewährleisten, daß künftig vor dem Erteilen von Abrißgenehmigungen für evtl. erhaltenswerte Gebäude der Landeskonservator rechtzeitig informiert bzw. seine Stellungnahme eingeholt wird, bevor vollendete Tatsachen geschaffen worden sind?« Uns ist nicht bekannt, ob dem Senat die Tatsache bekannt ist, daß der Landeskonservator erst nach dem Abriß von zwei erhaltenswerten Arbeiterwohnhäusern von Messel Kenntnis von dem Abriß erhielt. Er antwortete jedenfalls mit »Ja.« Und er fährt fort: »Der Senat weist jedoch darauf hin, daß allein durch die Information des Landeskonservators ein Abriß, sofern es sich nicht um ein geschütztes Gebäude (z. B. Baudenkmal) handelt, öffentlichrechtlich nicht verhindert werden kann. Auf Erteilung der Abrißgenehmigung besteht ein Rechtsanspruch, wenn dem Abriß öffentlichrechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen.« lpd

Putz und Schutz

In wenigen Wochen ist das europäische Denkmalschutzjahr am Ende



W + Z-Vision zum europäischen Jahr des Denkmalschutzes

Fotomontage: Hans Mende

»Im Interesse des Denkmalschutzes ist eine Dokumentation der Topografie, der Geschichte, der Baugeschichte und des gegenwärtigen Zustandes von Altenwerder vorgesehen, das wegen der Hafenerweiterung aufgegeben werden muß. Die Umsiedlung der Einwohner hat begonnen . . .«

Diese lakonische Meldung aus dem Hamburger Landespressedienst, nach der — »im Interesse des Denkmalschutzes« — »jeder der gegenwärtig in Altenwerder bestehenden Haushalte . . . kostenlos ein Exemplar der geplanten zeichnerischen Bestandsaufnahme erhalten« wird, kennzeichnet die Sachlage mit unklarer Deutlichkeit.

Dabei sind zwei Regelkreise denkbar.

1. Die Sanierungs- bzw. Modernisierungsbedürftigkeit eines Quartiers wird nicht an der Benutzbarkeit für die Betroffenen gemessen, sondern motiviert die Suche nach einem »höheren« Nutzen.
2. Die höhere Nutzbarkeit wird zuungunsten der Benutzbarkeit angestrebt, so daß Investitionen in Sanierungsprogramme von vornherein unterbleiben (Verelendungsstrategie). Die Erklärung eines Gebietes zum Sanierungsgebiet bedeutet in vielen Fällen euphemischerweise das Todesurteil für das Quartier.

In beiden denkbaren Fällen wird der Regelkreis zum *circulus vitiosus*: Umwidmung und Umplanung — Abriß und Neubau — vollkommene »Umsetzung« der Betroffenen ins Unvollkommene.

»Die Umsiedlung der Einwohner hat begonnen . . .«

Eine Zukunft . . .

Daß hinter solchen Praktiken nicht humanitäre Interessen und schon gar nicht das »Interesse des Denkmalschutzes« stehen — der Mannheimer Oberbürgermeister *Dr. Ludwig Ratzel*: »Man soll uns nicht einreden, daß wir mit den Wohnquartieren der Gründerzeit sehr viel verloren hätten. . .« —, mag unter anderem das Beispiel Berlin verdeutlichen.

Im Jahr 1974 sprach der damalige Wohnungsbausenator *Klaus Riebschläger* von »60 000 sanierungsbedürftigen Wohnungen auf rund 2400 sanierungsbedürftigen Grundstücken mit 140 000 (sanierungsbedürftigen?) Einwohnern«. Seiner Darstellung zufolge »waren Ende 1973 über 30 % des insgesamt angestrebten Freimachungsprogramms (1) und auch etwa 36 % der zu erwartenden Gesamtleistung abgeschlossen: — 15 900 Wohnungen freigemacht

— rd. 12 000 Wohnungen abgeräumt (1) und 5900 fertiggestellt« — ohne Märkisches Viertel, in dem »im Rahmen der Stadterneuerung« (*Riebschläger*) rund 24 000 Wohnungen hochgestapelt wurden.

Riebschläger weiter: »Für die Jahre 1974 und 1975 sind Jahresfreimachungsprogramme von jeweils 4500 und 5000 Wohnungen vorgesehen. Ein 2. Stadterneuerungsprogramm ist für Gebiete mit etwa 50 000 bis 60 000 Wohnungen in Vorbereitung.«

Warum diese »Freimachungsprogramme« und »Abräumaktionen« durchgeführt werden, spricht der Altbausenator ohne falsche Scheu aus: Es »können unter Umständen Arbeitskräfte aus dem Bauhauptgewerbe freigesetzt werden. Es muß jedoch angestrebt werden, daß diese Arbeitskräfte möglichst der Berliner Bauwirtschaft insgesamt nicht verloren gehen.« Bei solchen Aussprüchen, die eine für die »umzusetzenden« Betroffenen fatale Wirklichkeit beinhalten, wird deutlich, daß »Humanität« und »Lebensqualität« im Städtebau zum Feigenblatt sehr massiver ökonomischer Interessen gerinnen.

Das Bauhauptgewerbe hat im Zuge der jüngsten Rezession einen Subventionsbetrag von 10 Milliarden Mark gefordert.

. . . für unsere Vergangenheit?

Studiert man die kommunalen Etats, so macht man die Feststellung, daß zur Subventionierung von Theatern, die nur von acht Prozent der Bevölkerung besucht werden, ein Vielfaches des Betrages zur Verfügung steht, der »im Interesse des Denkmalschutzes« veranschlagt wird. Das gilt nahezu für alle bundesrepublikanischen Großstädte. Eine intakte Stadt jedoch — was immer auch das sein mag — kommt hundert Prozent ihrer Bewohner zugute. Nach allem ist deutlich, daß es nicht oder zumindest nicht in erster Linie Aufgabe des Denkmalschutzes sein kann, »da ein Schloß, dort ein Landstädtchen fein herauszuputzen« (*Lucius Burckhardt*). Sofern wir uns als geschichtliche Wesen begreifen, sind die Denkmale unserer Geschichte — fern allem Konservativismus, aber auch fern aller bloßen Sozialromantik —

Inhalt

Dieter Beisel	1/2
Putz und Schutz	
Julius Posener	3
Gegenwart der Geschichte	
Goerd Peschken	3
Macht und Ohnmacht	
Lore Ditzen	4/5
Planung für Menschen	
Thomas Schregenberger	5
Ein Quartier lebt auf	
Gerhard Ullmann	6
Ein malerischer Ort	
Karl-Heinz Schäfer	7
»Das Stadtquartier — Dein Zuhause«	
Arbeitsgruppe Stadt im Werkbund Berlin	7
Thesen zum Quartier	
Peter Becker	8
Günter Kleinkauf	
Stadt und Stadtgestalt	
Roland Günter	9
Christiane Wolff	
Zerstörung muß nicht sein	
Klaus Mitransky	10
Farbe in der Stadt II	

Rubriken

Bücher für W+Z-Leser	11
Termine	12
Nachrichten	
aktuelle notizen	1
notizen und hinweise	12

Zum Thema

Im Europäischen Jahr des Denkmalschutzes werden wir von einer ungeheuren Flut an Literatur zum Thema überschwemmt, finden unzählige Tagungen, Ausstellungen und Seminare statt. Jeder, der etwas auf sich hält — nicht zuletzt die Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen — besieht seine Aktivitäten unter dem Aspekt, ob er sie nicht mit dem Etikett »Denkmalschutz« versehen kann. Dennoch gehen die Abräumaktionen vielerorts weiter, wird Denkmalschutz nicht als Schutz des sozialen Lebensraums begriffen. Im übrigen: Das Denkmalschutzjahr ist bald am Ende. d. Red.

gesprochen, oft mehrmals revidiert werden. In einigen Fällen zeigte sich zum Beispiel, daß die individuellen Bedürfnisse, an individuellen Erfahrungen und Gewohnheiten ausgerichtet, den »Standard«-Vorstellungen zuwiderlaufen. Allein vier Mieter eines Hauses plädierten, mit den unterschiedlichsten persönlichen Begründungen, für die Beibehaltung des langen »Berliner« Korridors, den die Baugesellschaft zugunsten einer Verkürzung des Flurs und der Südbesonnung der Küche hatte zuschlagen wollen.

»Wohnwert« ist eben nicht unbedingt dasselbe wie »Standard«; das ist eine wichtige Erkenntnis.

Eingriffe in die bauliche Substanz werden im allgemeinen nur dort vorgenommen, wo es unbedingt notwendig ist — etwa wo verfaulte Balken auszuwechseln oder Podest-WC's zu entfernen sind. Das Pilotprojekt Block 118 zeigt, daß unter Umständen weniger nötig ist, als bisher angenommen. So wird im Unterschied zu bisher üblichen Modernisierungen ein Teil der Hofgebäude im Block erhalten: Fensterdurchbrüche sorgen für die notwendige Beleuchtung und Belüftung. Den Bewohnern dieser Höfe bleibt so ein Stück zusätzlicher und neuerdings wieder heiß begehrter »Lebensqualität« erhalten, nämlich Ruhe vor störendem Straßenlärm.

Vor allem aber, erläutert Architekt **Hardt-Walther Hämer**, können kleine Wohnungen für die Mieter gerettet werden, die Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen mit 30—60 qm, die meist in den Hofgebäuden liegen. Auf einer der Mieterversammlungen ging es, im Zusammenhang mit dem Blick in den Hof, lange um die Frage des Innen-Plutzes: heller Anstrich kommt auch tiefer gelegenen Wohnungen als Lichtreflex zugute — und um das Überleben eines dachfirsthohen Baumes: nur die unteren Äste werden gestutzt. Am Grün der Krone freuen sich alle.

Kahlschlag ist teuer und unsozial

Die Erdgeschoszone, in der früher meist Läden waren, soll weitgehend Gemeinschaftseinrichtungen vorbehalten bleiben: Waschanlagen, Abstellräumen für Kinderwagen und dergleichen. Der Rückgang der Nutzung durch Kleingewerbe und Geschäfte, das haben frühere Erfahrungen gezeigt, wird im allgemeinen durch die Modernisierung beschleunigt.

Zu den Hauptproblemen des Verfahrens, das mit dem Pilotprojekt Block 118 erprobt wird, gehörte in der Vorlaufphase die Beunruhigung der Mieter über die zu erwartende künftige Miethöhe. Diese Unsicherheit ergab sich aus den unterschiedlichen Kostenfaktoren der verschiedenen Förderarten; auch jetzt sind, dank des ermittelten »gemischten« Modells für die einzelnen Häuser, oft sogar für einzelne Wohnungen, unterschiedlich hohe Mieten zu erwarten. Doch soll der Durchschnittsmietpreis nach der Finanzierung durch das Städtebauförderungsgesetz bei 2,80 DM/qm liegen. Diese Zusage, die auch von den politischen Instanzen gestützt wird, gilt jetzt als verbindlich. Das Erneuerungsverfahren stützt sich auf Kostenberechnungen der Arbeitsgruppe.

Anhand von Vergleichen und verschiedenen Modelluntersuchungen weist sie in einer Studie (»Altbauerneuerung in Sanierungsgebieten — Untersuchung von Modellvorhaben in West-Berlin«) nach, daß auch bei vergleichsweise hohem baulichem Aufwand — und einschließlich der Übernahme der sozialen Kosten für Mietfürsorge und zwischenzeitliche Mieterumsatz — die Altbauerneuerung mit niedrigeren Gesamtkosten erreicht werden kann als die Flächen-sanierung oder bisher praktizierte Modernisierungsverfahren. Die Interdependenz aller in Betracht kommenden ökonomischen, technischen und sozialen Faktoren sowie die koordinierte Interaktion der verschiedenen Planungs- und Organisationsabläufe sind dabei entscheidende Voraussetzungen.

Der Faktor, der bei den bisherigen Verfahren auch sozial die negativsten Auswirkungen hatte — nämlich die Entfernung der Bevölkerung aus ihren Wohngebieten — schlägt auch kostenmäßig am höchsten zu Buche. Die Studie weist nach, daß sowohl die »unrentierlichen Sanierungskosten« wie die sozialen Folgekosten sich durch die »Entmietung« beträchtlich erhöhen.

Erhaltung von baulicher und sozialer Substanz

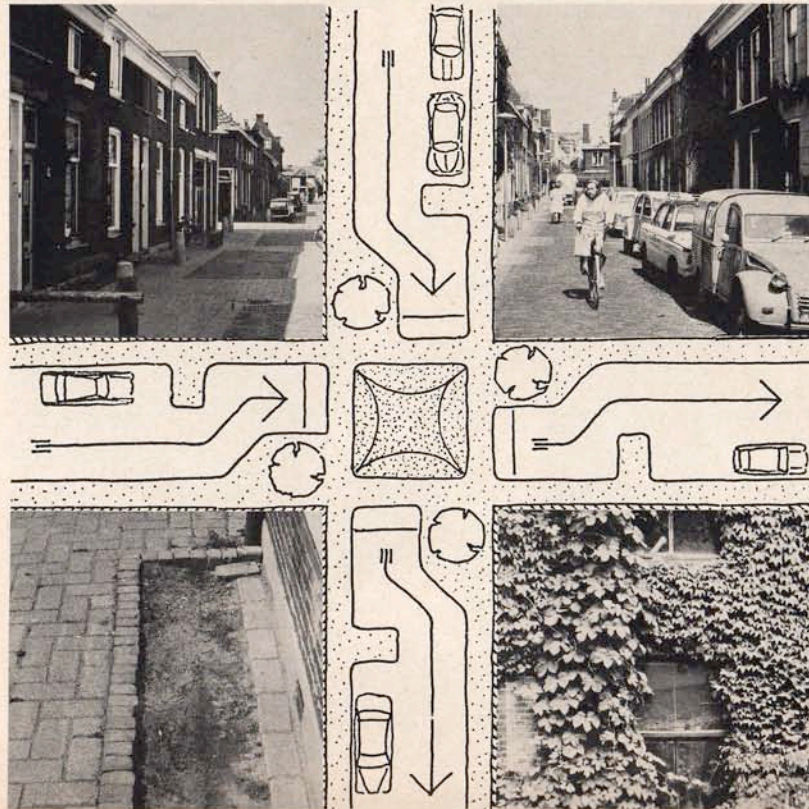
Für die Erneuerungsarbeiten im Block 118 hat die Arbeitsgruppe unter den von ihr zugrunde gelegten Bedingungen, die hinsichtlich der Arbeitsabläufe noch nicht einmal optimal sind, einen Durchschnittswert von 69% bzw. sogar nur 64% der Neubaukosten errechnet. Auch in der Lebensdauer soll dieser erneuerte Altbau grundsätzlich gleiche Aussichten wie ein Neubau haben.

Alle Berechnungen sind detailliert in der Untersuchung aufgeführt, die soeben dem Bundesbauminister vorgelegt wurde. Sie lassen sich anhand der erläuternden Texte, die außer dem Pilotprojekt Block 118 auch andere Erneuerungsmodelle zum Vergleich heranziehen, trotz der Komplexität der Problematik sehr einfach und verständlich verfolgen. Bislang stehen einige wenige Vorabzüge nur für die interne Diskussion in engem Rahmen zur Verfügung. Eine baldige Veröffentlichung durch das Bundesministerium ist zu wünschen; sie wäre in der jetzigen Phase der Bestandspolitik auch konsequent. Die Lektüre sollte jedem zugänglich sein, der an der Stadterneuerung als Substanzwahrung unter sozialen und realistischen Gesichtspunkten interessiert ist. Sie ist, wie der ganze Prozeß, auf den hier einige Hinweise versucht wurden, sogar spannend.

Lore Ditzien

Ein Quartier lebt auf

Mit einfachen Mitteln wurde das Westernkwartier in Delft vor dem Verslumen bewahrt



Quartiersanierung in Delft/Holland

Fotos: Thomas Schregenberger

In der holländischen Stadt Delft steht hinter dem Bahnhof die um die Jahrhundertwerte erbaute zweigeschossige Reihenhaussiedlung »Westernkwartier«. Da sie in relativ schlechtem baulichen Zustand war, dachte man in den 60er Jahren daran, sie niederzureißen. Eine Gruppe junger Architekten setzte sich für die Erhaltung der Siedlung ein und präsentierte der Stadt 1969 ein unkonventionelles Sanierungsprojekt. Dieses sieht vor, nicht etwa die zweigeschossigen Häuserzeilen zu renovieren, sondern die auf ihre technischen Funktionen reduzierten, zum Transportweg für Menschen, Waren und Energie degradierten Quartierstraßen so zu sanieren, daß sie wieder Lebens- und Aktionsraum der Bewohner werden.

Die Straßensanierung soll folgendes bewirken:

1. Sie soll manifestieren, daß nicht mehr beabsichtigt wird, die Siedlung niederzureißen.
2. Sie soll die Bewohner, die vielfach auch Besitzer der Reihenhäuser sind, animieren, selbst Zeit und Geld aufzubringen, um ihre Behausungen zu renovieren.
3. Sie soll den Wohnwert der Siedlung dadurch erhöhen, daß die Straße ein erweiterter Wohn- und Lebensraum wird.

Um die Quartierstraßen wohnlich und kinderfreundlich zu gestalten, hatten die initiativen Planer folgende Ideen.

Den Motorfahrzeugverkehr, der Lärm, Staub und für die Kinder Gefahren mit sich bringt, wollten sie nicht etwa mit Verbotstafeln, Fußgängerzonen und Autoeinstellhallen von der Siedlung fernhalten, sondern durch Bodenwellen und Hindernisse die Fahrzeuglenker zwingen, langsam zu fahren. So schlugen sie vor, auf den ca. 8 m breiten, schachbrettartig angelegten Quartierstraßen abwechselungsweise links und rechts Parkierungsstreifen anzubringen, die umfahren werden müssen. Auch wollten sie beidseitig der Straße, den Häuserfronten entlang, bis drei Meter breite erhöhte Fußwege anlegen, die sich bei jeder

Straßenkreuzung zu einer Bodenwelle quer zur Fahrbahn zusammenschließen.

Um den Kindern mehr Platz zum Spielen einzuräumen, sollten in Häuserlücken Kinderspielplätze eingerichtet und mit ca. 80 cm hohen Wällen vor dem Verkehr geschützt werden.

Die Planer meinten auch, man müßte, um die Straßen mit Blumen, Sträuern und Bäumen zu schmücken, den Bewohnern einen 40 cm breiten Grünstreifen entlang ihrer Hausfront zur Verfügung stellen, den sie nach eigenem Gutdünken selber bepflanzen könnten. Das Projekt fand bei den zuständigen Behörden von Delft Anklang, weil es für die Stadt finanziell tragbar schien und sich keine eigentumsrechtlichen Probleme stellten, da die Stadt Eigentümerin der Quartierstraßen ist. So konnte schon 1970 mit den Sanierungsarbeiten begonnen werden.

Seit einem Jahr hat das »Westernkwartier« seine neuen Straßen. Vor den Häusern blühen Blumen. Efeu klettert an den Häusern hoch. Sträucher stehen im Vorgarten. Vor den Haustüren sitzen Frauen und stricken. Kinder spielen auf der Straße. Autos kurven durch die Siedlung. Häuser werden renoviert und niemand denkt mehr ans Niederreißen.

Thomas Schregenberger

angepaßt werden. Bis Ende 1972, also nahezu 10 Jahre nach der Verkündung des Programms, waren jedoch in innerstädtischen Gebieten nur 4.938 Wohnungen neu errichtet oder modernisiert worden. 8.125 Wohnungen wurden in dieser Zeit abgebrochen und nur etwa 50% der benötigten Flächen angekauft. Außerdem sind nur 25% der Freimachungsleistungen des ersten Stadterneuerungsprogramms erbracht.

Das langsame Vorgehen der Sanierungsmaßnahmen hat zwei Konsequenzen: Einerseits wird die derzeit zur Sanierung vorgesehene Altbausubstanz immer mehr herabgewirtschaftet; andererseits schreitet das Veralten des Wohnungsbestandes wesentlich schneller voran als die Sanierung, so daß eine immer größere Anzahl von sanierungsbedürftigen Altbauten entsteht.

Um eine tiefgreifende Verunsicherung der Bewohner zu vermeiden, die letztlich dazu beiträgt, daß immer mehr Mieter den psychischen und physischen Belastungen der Sanierung nicht mehr gewachsen sind und aus dem Gebiet abwandern, ist es einerseits erforderlich, die Bewohner frühzeitig an der Diskussion und Auseinandersetzung über die Art und Zielsetzung der Sanierungsmaßnahmen in verbindlicher Weise zu beteiligen, und sie andererseits rechtzeitig und umfassend über die Absichten der politischen Entscheidungsgremien und über die (vor allem finanziellen) Bedingungen und Auswirkungen der Sanierung zu informieren. Gerade in der Vorbereitungsphase der Erneuerungsmaßnahmen im Block 118 hat sich gezeigt, daß die Bewohner sich entschieden gegen die Sanierung zur Wehr setzen, wenn über die Bedingungen der Zwischenumsetzung und über die Miete nach Durchführung der Erneuerungsmaßnahmen nur unverbindliche und/oder widersprüchliche Informationen gegeben wurden.

(Es wurde) deutlich, daß die individuellen Ängste der Bewohner nur dann reduziert werden können, wenn sie die Sanierung als ein gemeinsames Schicksal begreifen, das sie durch gemeinsame Handlungen und kollektive Willensbildung auch beeinflussen können. Erst auf der Ebene der Diskussion untereinander werden sie in die Lage versetzt, Wünsche zu artikulieren und unter Alternativen auszuwählen.

Verkehr tötet die Städte

Verkehr ist einer der schwerwiegendsten Störfaktoren bei der Erhaltung städtischer Räume. Im günstigsten Fall sind die Kernbereiche der Stadt lediglich verstopft, finden Lärmbelästigung und Schädigung von Menschen und Gebäuden durch Autoabgase statt. Im schlimmsten Falle werden breite Verkehrsstraßen durch bestehende Wohnquartiere geschlagen, werden nicht nur Tausende von Wohnungen, sondern auch die Wohnwerte des Quartiers zerstört. Die Stadtautobahn in Berlin mag als Beispiel dafür stehen. Aber es ist wohl auch kaum zureichend, wenn man die Heidelberger Hauptstraße zur Fußgängerzone umwandelt, um dann die Stadt durch breite Straßen vom Neckar abzutrennen und die Bleichwägen in die engen Seitenstraßen hineinzudrängen. Die Erhaltung und Entwicklung historischer Stadtsbstanz steht in krassm Widerspruch zum motorisierten Individualverkehr.

Der rationalen Einsicht stellen sich irrationale Emotionen gegenüber dem Auto entgegen.

Der frühere Bundesverkehrsminister **Lauritzen**, der den öffentlichen Nahverkehr bevorzugt fördern wollte, geriet in Widerspruch zur Auto-Lobby — und mußte gehen. Der jetzige Bundesverkehrsminister **Gscheidt** erklärt öffentlich, daß es keine Alternative zum Auto gebe, und baut die Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr ab. Er darf auf Beliebtheit bei der Auto-Lobby zählen.

Auf diesem Hintergrund scheint uns die Sanierung des Westernkwartier in Delft besonders bemerkenswert. Mit einfachsten Mitteln wurde der Zerstörung des Stadtteils durch den motorisierten Individualverkehr entgegengewirkt.

Ein Stadtteil, der zur Verslummung bestimmt schien, wurde als Lebensraum für die Bewohner und von den Bewohnern zurückgewonnen.

D. B.

Interessenten wenden sich bitte an Prof. Hardt-Walther Hämer, 1 Berlin 12, Bismarckstr. 67.